

Israels Siedlungspolitik ist ökonomisch nicht nachhaltig

Die Landnahme jüdischer Siedler in palästinensischem Gebiet führt nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und demographisch in die Sackgasse, *schreibt Tilman Slembeck*

In der Diskussion um den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern stehen oft politische oder auch moralische Aspekte im Vordergrund. Aktuelle Ereignisse wie Selbstmordanschläge und Vergeltungsaktionen lenken den Blick der Öffentlichkeit aufgrund des menschlichen Leids jeweils auf die kurzfristige Perspektive.

Als ein Hauptproblem wird die staatlich unterstützte Landnahme durch jüdische Siedler im Westjordanland und im Gazastreifen gesehen. Die nach der Eroberung dieser Gebiete 1967 einsetzende Kolonialisierung ist nicht nur staatspolitisch wie auch völkerrechtlich verwerflich, sondern könnte sich langfristig als eigentliche Bedrohung für den Staat Israel erweisen. Dabei spielen zwei Aspekte eine bedeutende Rolle, die aufgrund tagesaktueller und politischer Ereignisse weniger Beachtung finden, die aber eine nachhaltige Entwicklung oder gar die Existenz des Staates in Frage stellen könnten. Es sind dies die demographische Entwicklung und die ökonomischen Lasten der gegenwärtigen Siedlungspolitik.

Wirtschaftlich scheint diese Politik langfristig kaum durchhaltbar. Nicht nur, dass Hunderte Millionen Dollar vom Staat für neue Siedlungen ausgegeben werden, während Sozialleistungen gekürzt werden müssen; auch die innere und äussere Sicherheit Israels verschlingt enorme Beträge. So gibt das Land etwa 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär aus, ein Wert, der in der westlichen Welt seinesgleichen sucht. Nicht ein-

geschlossen sind dabei die Ausfälle an Wirtschaftsleistung, die durch den mehrjährigen Militärdienst von Männern und Frauen verursacht werden. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die Kosten für innere Sicherheit, die neben Militär und Polizei durch eine steigende Zahl privater Sicherheitsunternehmen gewährleistet werden soll. 100 000 Personen sind laut Schätzungen in der privaten Sicherheitsindustrie tätig, dem inzwischen grössten privaten Dienstleistungszweig des Landes. Bei innerem Frieden könnten diese Leute volkswirtschaftlich weit produktiver eingesetzt werden.

Zu den negativen wirtschaftlichen Folgen zählen auch die zahlreichen Arbeits- und Produktionsausfälle aufgrund der tage- bis monatelangen Absperrung palästinensischer Gebiete und Orte. Die Unterbrechung der Pendlerströme nach Israel verstärkt nicht nur die Verelendung der Palästinenser, sie schwächt auch die Produktionsmöglichkeiten der israelischen Arbeitgeber in verschiedenen Branchen deutlich. Gemäss dem jüngsten OECD-Bericht hat die Verschlechterung der politischen Situation zudem negative Wirkungen auf ausländische Investitionen. Vor allem die für das Wachstum langfristig wichtigen Direktinvestitionen reagieren sehr sensibel auf politische und wirtschaftliche Unsicherheiten und sind deshalb zurückgegangen.

Alle diese Faktoren tragen dazu bei, dass das Land die wirtschaftliche Belastung langfristig kaum selbst tragen können und es bereits heute auf Subventionen aus dem Ausland

angewiesen ist. Insbesondere die USA unterstützen Israel mit etwa 800 Millionen Dollar jährlich. Aufgrund der laufenden Ausweitung der Siedlungen, des Baus einer «Schutzmauer» sowie des Fortschreitens terroristischer Aktivitäten von palästinensischer Seite und der Vergeltungsmassnahmen Israels scheint kein Ende dieser nicht nur wirtschaftlich, sondern auch menschlich untragbaren Entwicklungen absehbar.

Der zweite langfristig bedeutsame Faktor betrifft die Bevölkerungsentwicklung. Während das Bevölkerungswachstum in Israel etwa 1,4 bis 2 Prozent beträgt, wächst die palästinensische Bevölkerung gemäss Schätzungen der CIA für den Gazastreifen gegenwärtig mit 3,9 Prozent, während die Weltbank von 4,2 Prozent ausgeht. Weil die Geburtenrate der Palästinenser deutlich höher ist, rechnen Experten damit, dass diese bereits in etwa 20 Jahren die Bevölkerungsmehrheit stellen dürften. Dies wird den israelischen Staat vor enorme politische und soziale Probleme stellen und macht eine friedliche, demokratische Lösung des Konflikts langfristig eher unwahrscheinlich. Durch die Siedlungspolitik verschärft sich das Problem insofern, als zusätzliche Gebiete mit starkem palästinensischem Bevölkerungswachstum dem «Staatsgebiet» einverleibt werden. Die Landnahme liegt somit nicht im Eigeninteresse Israels.

Als Ausweg aus einer Politik, die langfristig nicht nachhaltig ist, bieten sich zwei parallel zu verfolgende Möglichkeiten an. Einerseits wären die Landnahme und der Bau neuer Siedlungen zu unterlassen. Denn die einverleibten Gebiete lassen sich langfristig nur mit enormen Subventionen in Bauten, Infrastruktur und Militär «verteidigen», was neben politischen und sozialen Problemen zu grossen ökonomischen Lasten führt, die das Land selbst nicht tragen kann und die es noch abhängiger vom Ausland machen – insbesondere von den USA.

Gleichzeitig gilt es, die ökonomische Situation der Palästinenser klar zu verbessern – und zwar im Eigeninteresse Israels. Eine rasch wachsen-

de, aber verarmte Bevölkerung, in der gemäss Weltbank etwa 60 Prozent der Menschen unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben, kann kein Partner für eine stabile Zukunft sein. Wirtschaftliche Prosperität trägt typischerweise nicht nur zu einer Senkung der Geburtenrate bei, sondern erhöht auch den sozialen und politischen Frieden. Bezogen auf die aktuelle Politik bedeutet dies den Stopp der Landnahme, aber auch die Rückgabe von besetzten Gebieten und die direkte finanzielle Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung. Dies würde Israel dem Ziel einer freien, friedlichen und dauerhaften Existenz in Wohlstand sehr viel näherbringen, als es mit Landnahme und Vergeltungsmassnahmen je möglich wäre.

Tilman Slembeck



Tilman Slembeck, 40, ist Professor für Volkswirtschaftslehre und vertritt dieses Fach an der Universität St. Gallen und der Zürcher Hochschule Winterthur. Er war als Gastforscher mehrere Jahre im Ausland tätig, u. a. an der Harvard University und am University College London.